

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 28.03.2017

| | |
|--|---|
| Sitzungsort: | "Kaffeetrichter", Infozentrum, Löberstraße 34, 99096 Erfurt |
| Beginn: | 18:00 Uhr |
| Ende: | 19:25 Uhr |
| Anwesende Mitglieder des Ausschusses: | Siehe Anwesenheitsliste |
| Abwesende Mitglieder des Ausschusses: | Siehe Anwesenheitsliste |
| Sitzungsleiter: | Herr Dr. Warweg |
| Schriftführerin: |  |

Tagesordnung:

| I. | Öffentlicher Teil | Drucksachen- Nummer |
|----|---|------------------------|
| 1. | Eröffnung und Begrüßung | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 3. | Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 21.02.2017 | |
| 4. | Dringliche Angelegenheiten | |

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates
- 5.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom **0198/17**
01.02.2017
Vertagung aus der Sitzung StU vom 21.02.2017
Kulturschutzgebiete für Erfurt
BE: Fragesteller Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung und Kultur
- 5.2. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom **0414/17**
08.03.2017
BUGA-Bereich Petersberg Türme
BE: Fragesteller Herr Kallenbach, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
Verkehr und Liegenschaften
- 5.3. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom **0424/17**
08.03.2017
Ehemaliges TA-Hochhaus am östlichen Juri-Gagarin-Ring
- Teil 1
BE: Fragesteller Herr Kordon, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
Verkehr und Liegenschaften
- 5.4. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom **0425/17**
08.03.2017
Ehemaliges TA-Hochhaus am östlichen Juri-Gagarin-Ring
- Teil 2
BE: Fragesteller Herr Kordon, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
Verkehr und Liegenschaften
6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
7. Festlegungen des Ausschusses
- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung StU vom **1809/16**
13.09.2016 zum TOP 4.2 Plangenehmigung DB Netz AG
"Gleis- und Weichenrückbau Bahnhof Vieselbach" (DS
1329/16); hier: P+R-Plätze
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr
und Liegenschaften
hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister Vieselbach

8. Informationen
- 8.1. 380-kV-Leitung Pulgar-Vieselbach, Vorverfahren zur Bundesfachplanung **0330/17**
BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und -planung
hinzugezogen: alle betroffenen Ortsteilbürgermeister
- 8.2. Fachwissen im Bereich Energie und Innovation **0339/17**
BE: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften
- 8.3. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte alle Ausschussmitglieder und Gäste.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es gab keine Änderungen zur Tagesordnung.

Die öffentliche Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 21.02.2017

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

genehmigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates

5.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 01.02.2017

0198/17

Vertagung aus der Sitzung StU vom 21.02.2017

Kulturschutzgebiete für Erfurt

BE: Fragesteller Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.

hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Nach Rückfrage von Herrn Bärwolff, Fraktion DIE LINKE, wurde folgende Festlegung vereinbart:

| | |
|------------|---|
| DS 0668/17 | <p>Zur Sicherung des Fortbestands von kulturellen Veranstaltungen und Einrichtungen (z.B. Stadtgarten, Presseclub, Zughafen), im Hinblick auf vermehrte Anzeigen und Beschwerden wegen Ruhestörung, wird die Stadtverwaltung Erfurt um Informationen zu planungsrechtlichen Instrumenten zur Konfliktverringering gebeten.</p> <p>T: 16.05.2017 V:Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften</p> |
|------------|---|

zur Kenntnis genommen

- 5.2. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 08.03.2017 0414/17**
BUGA-Bereich Petersberg Türme
BE: Fragesteller Herr Kallenbach, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

Auf Rückfrage von Herrn Kallenbach, Fraktion CDU, informierte der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung über den aktuellen Verhandlungsstand zur Sanierung und künftigen Nutzung der Peterskirche bzw. der Defensionskaserne zwischen der Stadt, der Thüringer Landesregierung und dem Eigentümer. Des Weiteren ging er auf die Auslobung eines internationalen Architekturwettbewerbs zur geplanten Wiedererrichtung der Türme für die Peterskirche ein. Die Voranstellung eines Ideenwettbewerbs im Vorfeld zum internationalen Architekturwettbewerb ist nicht vorgesehen.

zur Kenntnis genommen

- 5.3. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 08.03.2017 0424/17**
Ehemaliges TA-Hochhaus am östlichen Juri-Gagarin-Ring - Teil 1
BE: Fragesteller Herr Kordon, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

Die Tagesordnungspunkte 5.3. und 5.4. wurden gemeinsam beraten.

Auf Rückfrage von Herrn Kordon, Fraktion CDU, informierte ein Vertreter der Stadtverwaltung über die im Zyklus von vier bis fünf Wochen stattfindenden Gespräche zwischen der Stadt Erfurt, dem Eigentümer und einem möglichen Investor. Des Weiteren informierte er

über die Durchführung von Kontrollen des allgemeinen Stadtordnungsdienstes. Ein Eingreifen der Stadt ist erst möglich, wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht. Dies ist derzeit nicht der Fall.

zur Kenntnis genommen

- 5.4. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 08.03.2017 0425/17
Ehemaliges TA-Hochhaus am östlichen Juri-Gagarin-Ring -
Teil 2
BE: Fragesteller Herr Kordon, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
Verkehr und Liegenschaften

Siehe TOP 5.3.

zur Kenntnis genommen

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

Drucksachen zur Beschlussfassung des Ausschusses lagen nicht vor.

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung StU vom 13.09.2016 zum TOP 4.2 Plangenehmigung DB Netz AG 1809/16
"Gleis- und Weichenrückbau Bahnhof Vieselbach" (DS
1329/16); hier: P+R-Plätze
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und
Liegenschaften
hinzugezogen: Ortsteilbürgermeister Vieselbach

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

- 8.1. **380-kV-Leitung Pulgar-Vieselbach, Vorverfahren zur Bundesfachplanung** 0330/17
BE: Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und -planung
hinzugezogen: alle betroffenen Ortsteilbürgermeister

Ein Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung ging auf die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt in Bezug auf die durchzuführenden Vorverfahren¹ ein. Im Zusammenhang mit diesen Verfahren ist eine umfassende Einbeziehung der Ortsteile vorgesehen.

Herr Dr. Warweg, Ausschussvorsitzender, Fraktion SPD, begrüßte die zum Tagesordnungspunkt geladenen Gäste des Vorhabenträgers und erteilte Ihnen das Rederecht.

Mittels PowerPoint Präsentation informierten die Vertreter des Übertragungsnetzbetreibers über den aktuellen Planungsstand zur Verstärkung der 380-kV-Leitung Pulgar-Vieselbach. Folgende Themen wurden behandelt:

- Vorstellung des Übertragungsnetzbetreibers
- Projektvorstellung
 1. Projekt-Kurzvorstellung
 2. Bestandsleitung-Überblick
 3. Übersicht der einzelnen Abschnitte (Karte)
 4. Netzausbau in fünf Schritten
- Übersicht zur Bundesfachplanung
 1. Grundlagen und Ergebnisse der Bundesfachplanung
 2. Trassenkorridorsuche
- aktueller Planungsstand
 1. Erster Entwurf Trassenkorridore Abschnitt V
 2. Engstellen Abschnitt V
- Zeitplan
- Beteiligung Öffentlichkeit
durch Informationstour in den betroffenen Ortsteilen (geplant: zweite Maihälfte 2017) sowie Information über die Projektwebsite.

Im Anschluss zur Präsentation gingen die Vertreter des Übertragungsnetzbetreibers auf Fragen der anwesenden Bürger und Ortsteilbürgermeister sowie die Fragen der Ausschussmitglieder ein.

¹ Bundesfachplanung und Planfeststellung

In diesem Zusammenhang legten die Vertreter des Übertragungsnetzbetreibers den Anwesenden eine Folie über konkrete Maßnahmen in Vieselbach, mit folgendem Inhalt, vor:

- Netzverstärkung Pulgar (P38)
- Netzverstärkung Mecklar-Vieselbach (P37)
- Netzverstärkung Wolframshausen- Ebeleben- Vieselbach (P224)
- Stromkreisauflage Vieselbach-Altenfeld (Erweiterung drittes und viertes System)

Vorrangig sind demnach, so die Vertreter, Maßnahmen zur Verstärkung der bestehenden Leitung geplant.

Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben, erkundigte sich über die geplanten Maßnahmen zum Lärmschutz. Laut Planung soll die neue Trasse näher an Töttleben gebaut werden als die Bestehende. Des Weiteren erkundigte er sich über die Auswirkungen des Baus auf den Strompreis sowie den Umgang mit dem Ansiedlungsgebiet des roten Milans.

Eine Vertreterin des Betreibers antwortete, dass in Bezug auf die Lärmschallemission alle Vorgaben des Gesetzgebers eingehalten werden. Zur Entwicklung der aktuellen Lärmsituation informierte sie, dass diesbezüglich noch keine konkrete Planung abgeschlossen ist. Sie betonte jedoch, dass neue Anlagen grundsätzlich leiser sind als bestehende Anlagen.

Die Umlage der Maßnahme auf den Strompreis sei grundsätzliche eine energiepolitische Diskussion, welche im Rahmen der Sitzung nicht geklärt werden kann.

Abschließend versicherte die Vertreterin, dass Ansiedlungsgebiete, welche im Planungskorridor der Stromtrasse liegen, wie die des roten Milan, gesammelt und berücksichtigt werden.

Auf Anfrage von Herrn Henkel erklärten sich die Vertreter des Übertragungsnetzbetreibers bereit, im Ortsteilrat von Kerspleben vorzusprechen.

Die Frage von Herrn Henkel, zu bereits stattfindenden Vertragsverhandlungen in Bezug auf die bestehende 220 KV Leitung konnte nicht beantwortet werden. Vorverträge und konkrete Leitungsführungen sind bislang nicht bekannt. Ob, durch wen und in welchem Umfang solche Verhandlungen geführt werden, wird durch den Netzbetreiber geprüft.

Herr Dr. Warweg, Ausschussvorsitzender, Fraktion SPD, beantragte eine Vor-Ort Begehung des Ausschusses unter Hinzuziehung der betroffenen Ortsteilbürgermeister, berufenen Bürgern sowie Vertretern des Übertragungsnetzbetreibers.

Der Antrag von Herrn Dr. Warweg wurde einstimmig bestätigt. Ein konkreter Termin wurde noch nicht vereinbart.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, betonte, dass die Belastung für Anwohner und Umwelt so gering wie möglich zu halten ist. Er forderte maximale Abstände zur Wohnbebauung und erfragte gesetzlich vorgeschriebene, konkrete Mindestabstände sowie die Möglichkeit zur Verwendung von Kompaktmasten, welche niedriger sind, als bisherige Masten.

Des Weiteren bat er um eine Bündelung der Stromtrassen sowie um eingriffsnahe Ausgleichsmaßnahmen bei der Planung.

Frau Palmowski, Ortsteilbürgermeisterin Hochstedt, bat ebenfalls um entsprechenden Abstand der neuen Leitungen zum Ortsteil.

Die Vertreterin des Übertragungsnetzbetreibers antwortete, dass die Planungen zum Vorhaben Mecklar-Vieselbach derzeit noch nicht ausreichend fortgeschritten sind, um die Fragen und Anliegen zu beantworten. Sobald konkrete Planungsergebnisse vorliegen, werden die Stadtratsmitglieder und Ortsteilbürgermeister informiert.

Herr Dr. Warweg betonte, dass alle zukünftig geplanten Leitungen gemeinsam betrachtet werden sollten, mit dem Ziel einer Lösung die ent- und nicht belastet.

Nach Meldung eines anwesenden Gastes ließ Herr Dr. Warweg über dessen Rederecht abstimmen.

Das Rederecht wurde einstimmig erteilt.

Der anwesende Gast erkundigte sich über die Möglichkeiten zur Einfädung von der Nord- anstatt der bisher geplant Südseite, zu Mindestabständen zwischen Bestandsleitungen und der neuen Trasse sowie über die Auswirkungen von Bürgerbegehren, insbesondere des Bürgerbegehrens gegen die umstrittene Stromtrasse „SüdostLink“ von TenneT.

Die Vertreterin des Netzbetreibers antwortete, dass auf Grund technischer Gegebenheiten eine Einfädung vorerst nur über der Südseite möglich ist. In Bezug auf den Umgang mit Bürgerbegehren informierte sie, dass die frühe Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung abgeschlossen ist („SüdostLink“ von TenneT). Die insgesamt fast 700 eingegangenen Planungshinweise werden bei den entsprechenden Maßnahmen berücksichtigt.

Bezugnehmend auf den Mindestabstand zwischen Bestandsleitungen und neuer Trasse, welcher bei Parallelbebauung min. 20m beträgt, so die Vertreterin, ist eine Optimierung in der laufenden Planung möglich. Konkretisierungen liegen zum derzeitigen Planungsstand noch nicht vor.

Auf Rückfrage von Herrn Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, informierten die Vertreter des Betreibers, dass ein Mindestabstand von Stromtrasse und Siedlungen nicht gesetzlich geregelt ist. Hierzu gibt es lediglich Richtlinien. Man ist jedoch bemüht, in Bereichen mit enger Siedlungsstruktur, im Rahmen der technischen Möglichkeiten, große Abstände zu Wohngebieten einzuhalten, um damit dem Abstandsbedürfnis Rechnung zu tragen.

Herr Dr. Warweg erkundigte sich nach den im Marktvergleich hohen Netzentgelten im Versorgungsbereich des Übertragungsnetzbetreibers.

Zur Beantwortung der Frage gingen die Vertreter auf Lastabnehmer und den hohen Zuwachs durch erneuerbare Energien ein. Im Hinblick auf den bestehenden Bedarf, gaben sie

zu bedenken, dass Einspeisung und Verbrauch von Energie nicht zwingend am gleichen Ort stattfinden.

Herr Dr. Warweg bedankte sich bei den anwesenden Vertretern des Übertragungsnetzbetreibers für die Präsentation und die Beantwortung der Fragen.

zur Kenntnis genommen

- 8.2. Fachwissen im Bereich Energie und Innovation 0339/17**
BE: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
Verkehr und Liegenschaften

Der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung beantwortete die Fragen von Herrn Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, im Hinblick auf ein mögliches Mitwirkungsrecht seitens des Stadtrates. Hierbei ging er insbesondere auf die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises sowie die Gestaltungssatzung, als kommunale Möglichkeit ein.

zur Kenntnis genommen

- 8.3. Sonstige Informationen**

Sonstige Informationen lagen nicht vor.

gez. Dr. Warweg
Vorsitzender

gez. 
Schriftführerin